

Bernanke legt sich nicht fest

Und hohen Erwartungen fand am Donnerstag eine Anhörung des Fed-Vorsitzenden Bernanke vor dem Wirtschaftsausschuss des amerikanischen Kongresses statt. Angesichts der eskalierenden europäischen Schuldenkrise und der zuletzt an Dynamik verlierenden amerikanischen Konjunkturentwicklung, hatten sich nicht wenige ein klares Bekenntnis zu weiteren geldpolitischen Lockerungen erhofft. Insbesondere ein neues „Quantitative Easing“ (QE3), also die Flutung der Märkte mit frischem Kapital über den Ankauf von Anleihen, steht dabei immer wieder im Raum. Darauf wollte sich Bernanke aber nicht festlegen. Er betonte zwar die Bereitschaft zu handeln, falls eine weitere Verschlechterung der Situation dies erfordert. Bis jetzt scheint er diesen Zeitpunkt aber noch nicht für gekommen zu halten. Die Geldpolitik sei außerdem kein Allheilmittel.

Für 2012 erwartet Bernanke ein moderates Wachstum. Um die Arbeitslosigkeit deutlicher zu senken, müsse das Wachstum sich aber verstärken. Probleme sieht er im weiterhin schwachen Immobilienmarkt und insbesondere der Eurokrise, welche ein „signifikantes Risiko“ darstelle. "Die Krise in Europa hat die US Wirtschaft beeinflusst, indem Sie unsere Exporte reduziert, die Unternehmensstimmung und das Verbrauchervertrauen belastet und die US-Finanzmärkte und -institute unter Druck gesetzt hat", sagte er vor dem Ausschuss. Zwar würden die amerikanischen Finanzinstitute in einem besseren Zustand sein, als noch vor einigen Jahren. Trotzdem sei die europäische Schuldenkrise ein beträchtliches Risiko, welches man genau beobachten würde. Sollte die Situation eskalieren, werde man handeln. Bernanke betonte, dass die Geldpolitik allerdings auch im Moment schon sehr wachstumsfördernd ausgerichtet sei.

Fitch droht mit AAA-Verlust

Bernanke warnte die Regierung vor einem zu starken Sparkurs. Dies würde das Wachstum andernfalls abwürgen. Im kommenden Jahr wird in den USA automatisch ein striktes Sparprogramm beginnen, sofern der Kongress dieses nicht vorher noch verhindert oder abändert. Fast zeitgleich forderte der bei der Rating-Agentur Fitch für Länderanalysen zuständige Ed Parker einen glaubhaften Konsolidierungsplan. Sollte dieser bis 2013 nicht vorliegen, würden die USA ihr Top-Rating AAA verlieren.

Wohl vorerst kein QE3

Im Vorfeld der Anhörung hatten 50 Prozent der in einer Umfrage befragten Ökonomen eine bald anstehende neue „Quantitative Lockerung“ für sehr wahrscheinlich gehalten. Dieser Wert dürfte sich inzwischen verringert haben. Zumindest bei der kommenden Sitzung des geldpolitischen Rats am 20. Juni ist dies nun eher nicht zu erwarten. Zumindest solange sich die Krise bis dahin nicht

nochmals erheblich verschärft hat. Fraglich ist allerdings, was mit der so genannten "Operation Twist" passiert. Im Rahmen dieses Programms werden bereits im Besitz der Notenbank befindliche kurzfristige Anleihen in langfristige Papiere umgeschichtet. Das Programm läuft in diesem Monat aus und hier könnte es durchaus eine Verlängerung oder eine Ersatz-Maßnahme geben.

Auch die EZB nimmt abwartende Haltung ein

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt vorerst eine abwartende Haltung ein. Bei der Sitzung in der vergangenen Woche wurde der Leitzins bei 1 Prozent belassen und auch sonst keine geldpolitischen Änderungen beschlossen. Laut dem EZB-Vorsitzenden Draghi wurde die Zinsentscheidung mehrheitlich beschlossen, aber nicht einstimmig. "Einige Mitglieder hätten es vorgezogen, die Zinsen zu senken - aber nicht viele", sagte er. Auch gab es keine konkreten Hinweise für eine Zinssenkung bei der kommenden Sitzung im Juli. Bei der Pressekonferenz wich Draghi dieser Frage aus und erklärte nur, dass die Notenbank sich vorab nie festlegen würde.

Als einzige Maßnahme beschloss der EZB-Rat, dass die Vollzuteilung bei Hauptrefinanzierungsgeschäften mit Banken "solange wie nötig, mindestens aber bis Mitte Januar 2013" verlängert wird. Darüber können sich die Geldinstitute gegen Hinterlegung von Sicherheiten mit frischer Liquidität versorgen. Früher stellte die Notenbank dabei immer nur eine bestimmte Summe zur Verfügung, für welche es eine Biet-Auktion gab.

Ihre Prognosen zu Wachstum und Inflation änderte die EZB kaum. Sie erwartet für dieses Jahr ein BIP-Wachstum von 0,1 Prozent (Spanne minus 0,5 bis plus 0,3 Prozent) und für 2013 ein Prozent (0,0 Prozent bis 2,0 Prozent). Die Inflation dürfte in diesem Jahr mit 2,4 Prozent noch hoch bleiben, aber im kommenden Jahr mit 1,6 Prozent wieder im Zielbereich (etwas unter zwei Prozent) liegen.

Obwohl im Vorfeld der EZB-Sitzung eine steigende Anzahl von Ökonomen Schritte der EZB für möglich gehalten haben, hatte die Mehrheit die Entscheidung schon so erwartet. Die Notenbank erhöht damit den Druck auf die Politik selbst für eine Lösung der Krise zu sorgen. Zudem war zu erwarten, dass man zunächst den Ausgang der Wahlen in Griechenland und den EU-Gipfel Ende des Monats abwartet. Das ist durchaus sinnvoll. Denn das Pulver zu früh zu verschießen, kann auch ein Fehler sein.

Eine Zinssenkung im Juli ist dann keineswegs ausgeschlossen, auch wenn es dafür noch keine konkreten Hinweise gab. Sollte die EZB sich dafür entscheiden, wäre dies ein Rekord. Noch nie lagen die Leitzinsen unter dem gegenwärtigen Satz von einem Prozent. Doch auch ohne Zinssenkung, haben die Währungshüter einige weitere Möglichkeiten um auf die Krise zu reagieren. Beispielsweise könnte der Einlagenzinssatz auf null gesenkt werden, um die Banken anzuregen ihre Gelder nicht mehr bei der Notenbank zu parken, sondern mit anderen Banken zu handeln oder diese als Kredite zu vergeben.

Einige Investoren hoffen außerdem auf einen neuen Langfrist-Tender. Die EZB hatte in zwei beispiellosen Aktionen im Dezember und Februar den Banken unbegrenzt Kapital mit einer Laufzeit über drei Jahre zur Verfügung gestellt. Da die Zinsen dafür nur bei den gültigen Leitzinsen von einem Prozent lagen, konnten die Geldinstitute so nicht nur die eigene Liquidität stärken, sondern die Gelder auch, beispielsweise über Kredite oder den Kauf von Staatsanleihen, leicht gewinnbringend verwenden. Die Geldinstitute nutzen das Angebot mit insgesamt über einer Billion Euro. In der Folge beruhigten sich die Märkte. Aktien stiegen, während die Renditen der Staatsanleihen deutlich zurückgingen. Doch inzwischen ist die Wirkung verpufft. Spanische Staatsanleihen liegen bereits wieder auf einem langfristig für das Land nicht mehr tragbarem Niveau. Sofern die EZB das Programm wiederholt, könnte dies die Märkte beruhigen, indem sich die Furcht vor einem Kapitalengpass der Banken in den Peripherie-Ländern verringert. Natürlich würde dies zu keiner Lösung der eigentlichen Problematik führen. Man würde aber gegebenenfalls Zeit gewinnen.

Von vielen gefordert wird, dass die EZB ihr Ankaufprogramm von Staatsanleihen wieder aufnimmt. Seit Mai 2010 hatte sie auf dem Sekundärmarkt Anleihen der Peripherie-Länder im Volumen von rund 210 Milliarden Euro gekauft, um deren Renditen zu senken. Wegen der zwischenzeitlichen Beruhigung der Märkte ruht dieses Programm aber seit einigen Monaten und wurde – trotz der wieder eskalierenden Situation – bisher nicht wieder aufgenommen. Vor allem Spanien fordert neue Käufe. Auf darüber hinaus gehenden Forderungen von einigen Volkswirten nach EZB-garantierten Höchstzinsen dürfte die Notenbank dagegen kaum eingehen. Demnach soll die Notenbank für zehnjährige Staatsanleihen beispielsweise maximal 5,5 Prozent garantieren und bei entsprechendem Marktdruck unbegrenzt Anleihen kaufen, bis der Wert wieder darunter liegt. Im günstigsten Fall würde allein diese Ankündigung dann schon ausreichen, um die Renditen zu senken, ohne dass tatsächlich im großen Umfang gekauft werden muss. Dies wäre aber eine der Notenbank verbotene Staatsfinanzierung und wurde daher schon im vergangenen Jahr mehrfach kategorisch abgelehnt.

China senkt überraschend die Leitzinsen

Während die Europäische Zentralbank und das amerikanische Federal Reserve eine abwartende Haltung einnehmen, senkte China in der vergangenen Woche überraschend die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf jetzt 6,31 Prozent. Um den gleichen Wert wurde auch der Einlagenzins auf jetzt 3,25 Prozent gesenkt. Mit dieser ersten Zinssenkung seit 2008 reagiert die Notenbank auf die zunehmenden Anzeichen für eine Konjunkturabkühlung. So war beispielsweise der Einkaufsmanagerindex für Mai auf ein Jahrestief gefallen. Ökonomen prognostizieren für dieses Jahr ein Wachstum von 8,2 Prozent. Für uns Europäer ist dies zwar ein Traumwert, für China wäre es aber der schlechteste Wert seit 1999. Ökonomen begrüßten die Entscheidung. Obwohl es sich nur um einen kleinen Zinsschritt handelt, würde man so Bereitschaft signalisieren, dass man bei Notwendigkeiten reagieren wird. Zudem könnten andere Schwellenländer ermutigt werden die Leitzinsen ebenfalls zu senken.

SNB: Devisenreserven steigen deutlich

Die Devisenreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sind im Mai auf 303,72 Milliarden Schweizer Franken angestiegen. Das geht aus den am Donnerstag von der Notenbank veröffentlichten Zahlen hervor. Im Vormonat lagen die Reserven noch bei 237,59 Milliarden. Der jetzige Bestand ist der zweithöchste in der Geschichte. Nur im September 2011 lagen diese schon mal höher. Der Anstieg innerhalb eines Monats ist sogar der höchste, welcher jemals zu verzeichnen war.

Damit zeigt sich, dass die SNB nun doch massiv in den Markt gehen muss, um den Mindestkurs von EUR/CHF durchzusetzen. Der Großteil des Anstiegs von rund 66 Milliarden ist darauf zurückzuführen. Experten schätzen, dass sich nur ca. 6 Milliarden über Kursgewinne gegenüber anderen Währungen erklären lassen. Die Devisen-Interventionen bestätigte auch SNB-Sprecher Walter Meier. Er fügte hinzu, dass man zwar normalerweise keine Auskunft darüber gebe, wie man am Devisenmarkt eingreift. Aber in dieser besonderen Situation, sei die SNB der Meinung, dass man Interventionen am Devisenmarkt bestätigen sollte. Den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro werde man weiterhin mit aller Konsequenz durchsetzen und sei bereit dazu unbeschränkt Devisen zu kaufen.

Einige konservative Politiker und Finanzexperten hatten den Kurs der SNB zuletzt kritisiert. Der ehemalige Chef der Schweizer Großbank UBS, Oswald Grübel, schrieb beispielsweise in einer Kolumne, dass es "nur noch eine Frage der Zeit und der Entwicklung der Eurokrise" sei, bis die Nationalbank ihre Politik nicht mehr durchhalten könne. Von Seiten der Schweizer Wirtschaft gab es allerdings sofort Kritik. Dort hält man allein schon die öffentliche Forderung nach einer Aufgabe des Mindestkurses für verantwortungslos.

In der kommenden Woche wird die SNB am Donnerstag auf einer Pressekonferenz ihren weiteren geldpolitischen Kurs für die kommenden Monate erklären. Im Hinblick auf die steigenden Devisenreserven und teilweise aufgekommenen Forderungen nach einem schrittweisen Ausstieg aus der Mindestkurs-Politik, wird dies mit Spannung erwartet. Dass man den Mindestkurs aufgibt, ist aber eher unwahrscheinlich. Theoretisch kann die Notenbank den Mindestkurs in jedem Fall durchsetzen. Da sie selbst Franken drucken kann, ist sie im Prinzip auch in der Lage unbegrenzt Euros zu kaufen. Die größte Gefahr bei so einer Politik ist die Inflation. Im Moment sind in der Schweiz aber eher Deflations-Gefahren vorhanden. Und zudem würde sich die Frage stellen, wie ein Ausstieg überhaupt bewerkstelligt werden könnte. Ein schrittweiser Ausstieg, wie von manchen gefordert, wäre zwar prinzipiell möglich. Aber dies würde Spekulanten geradezu einladen auf einen steigenden Franken zu wetten. Um den jeweils erfolgten Schritt nach unten, also zum Beispiel erst 1,19 und



SNB-Vorsitzender Thomas Jordan

dann 1,18, zu verteidigen, wären aus diesem Grund wahrscheinlich noch mehr Mittel nötig, als im Moment. Den Kurs auf einen Schlag völlig freizugeben, hätte noch gravierendere Auswirkungen. EUR/CHF würde sicherlich innerhalb kürzester Zeit in Richtung Parität und wahrscheinlich noch darunter fallen. Aber auch dann müsste die Notenbank zum Schutz der Wirtschaft, mit gelegentlichen Aktionen und ihrer sonstigen Geldpolitik versuchen, die Franken-Aufwertung möglichst gering ausfallen zu lassen. Mit der in diesem Fall verspielten Glaubwürdigkeit, wäre dies aber nur sehr schwer (und ebenfalls nur unter Aufwendung erheblicher Mittel) machbar. Diese Problematik wird der SNB sicherlich bewusst sein und man kann daher eher davon ausgehen, dass die derzeitige Mindestkurs-Politik weiter verfolgt wird. Zumindest solange die Krise im Euroraum nicht noch mehr eskaliert oder sich in der Schweiz doch größere Inflations-Gefahren entwickeln.

Charttechnische Betrachtung von EUR/CHF:

EUR/CHF ist nach dem überraschenden Anstieg bis 1,2075 vor rund zwei Wochen erwartungsgemäß in die alte (äußerst enge) Spanne zwischen 1,20 und 1,202 zurückgekehrt. Bewegung ist keine vorhanden und auch die Veröffentlichung der Fremdwährungsreserven konnte dies nicht ändern. Nur ein Anstieg über 1,2075 würde die Situation etwas aufhellen. Wobei sogar erst über 1,215 ein nachhaltiger Anstieg bis 1,225 und 1,25 zu erwarten ist. Eine Bewegung nach unten bleibt dagegen weiter durch den Mindestkurs blockiert. Die jetzigen Kurse bleiben daher auch Einstiegskurse für langfristige Long-Positionen. Man sollte sich aber bewusst sein, dass man gegebenenfalls einen sehr langen Atem benötigt. Denn solange die Euro-Krise nicht gelöst ist und die SNB sich gleichzeitig auf die Verteidigung des Mindestkurses beschränkt, dürfte bei dem Paar weiterhin keine Bewegung zu sehen sein.

Tageschart EUR/CHF:



EUR/USD

Spanische Anleihen-Auktion ist erfolgreich

Inmitten der eskalierenden Eurokrise hat Spanien am vergangenen Donnerstag neue Anleihen herausgegeben. Bei Bonds mit einer Laufzeit von zehn Jahren mussten dabei Zinsen von 6,044 Prozent akzeptiert werden. Bei der letzten vergleichbaren Auktionen im April waren es nur 5,743 Prozent. Trotz der gestiegenen Kosten, kann man mit dem Ausgang unter den gegebenen Umständen zufrieden sein. Zum einen war die Nachfrage sehr hoch und es konnten problemlos die anvisierten 2 Milliarden Euro eingenommen werden. Dies zeigt, dass die Anleger grundsätzlich noch Vertrauen in das Land haben. Und zum anderen sind die Zinsen von knapp über sechs Prozent noch moderat, wenn man diese mit dem Wert von rund 6,7 Prozent vergleicht, für welche zehnjährige spanische Papiere in der Vorwoche auf dem Sekundärmarkt gehandelt wurden.

Insgesamt lässt eine Lösung in der spanischen Bankenkrise allerdings weiter auf sich warten. Inzwischen schätzt man den Kapitalbedarf auf bis zu 100 Milliarden Euro. Dem spanischen Bankenrettungsfonds (Frob) stehen aber nur noch 12 Milliarden Euro zur Verfügung. Obwohl sich die Regierung dagegen sträubt unter den Rettungsschirm zu schlüpfen, dürfte eine Finanzierung dieser gewaltigen Summe unter den gegenwärtigen Zinsen kaum machbar sein. In den letzten Tagen zeichnet sich daher auch immer mehr ab, dass Spanien doch europäische Hilfen beanspruchen wird. Möglicherweise wird schon an diesem Wochenende der Antrag gestellt. Ursprünglich wollte die Regierung noch Berechnungen abwarten, welche erst am 20. Juni vorliegen sollen. Der mögliche Austritt Griechenlands aus der Eurozone nach der dortigen Wahl am kommenden Wochenende, könnte die Nervosität in den Märkten aber nochmal erhöhen. Daher empfiehlt es sich, dass es für Spanien schon vorher eine glaubhafte Lösung gibt. Alles könnte darauf hinauslaufen, dass europäische Hilfen für Spanien ausschließlich für den Bankensektor vergeben werden. Spaniens Regierung müsste dann keine Kompetenzen abgeben und sich nicht einem umfassenden Sparplan unterwerfen, sondern nur eine Reform des Bankensystems zusagen. Da dies aber so oder so reformiert werden muss, dürfte das kein Hindernis sein.

Die leichte Entspannung in Spanien zeigte sich in der vergangenen Woche auch im Kurs von EUR/USD. Das Paar konnte von etwas über 1,24 im Wochenverlauf kontinuierlich bis zum Widerstandsgebiet bei 1,2625 steigen. Von dort prallte der Kurs zum Ende der Woche ab und schließt leicht über 1,25. Trotzdem war das nach fünf Verlust-Wochen in Folge der erste kleine Wochen-Gewinn. Insgesamt hat sich das Chartbild für den Euro aber dadurch noch nicht aufgehellt.

Bisher kann die leichte Erholung nur als Korrektur im Abwärtstrend gesehen werden und war auf Grund des zuvor bereits deutlich überverkauften Kurses fast überfällig. Somit bleibt es auch wahrscheinlich, dass es bald wieder nachhaltig nach unten geht. Die Ziele liegen bei 1,215 und 1,1874. Sollte allerdings ein Anstieg über 1,2625 gelingen, würde dies für eine nachhaltigere Korrektur sprechen. Das nächste Ziel liegt dann bei 1,2824. Aber selbst in diesem Fall müsste EUR/USD über 1,30 zurückkehren, um auch langfristig wieder steigende Kurse zu signalisieren.



GBP/USD

BoE erhöht das Anleihenkaufprogramm vorerst nicht

Trotz der sich weiter eintrübenden Konjunktur in Großbritannien und der eskalierenden Eurokrise (also bei den wichtigsten Handelspartnern des Landes) hat die Notenbank bei ihrer Sitzung in der vergangenen Woche keine neue geldpolitische Lockerung beschlossen. Die Leitzinsen bleiben bei dem seit über drei Jahren gültigen Rekord-Tief von 0,5 Prozent und auch das Anleihenkaufprogramm im Volumen von 325 Milliarden Pfund wurde nicht erhöht. Ökonomen hatten diese Entscheidung im Vorfeld überwiegend so erwartet. Ganz sicher war man sich allerdings nicht. Schon bei der letzten Sitzung vor rund einem Monat hatten sich einige Mitglieder des geldpolitischen Rates damit schwer getan das Anleihenkaufprogramm nicht zu erhöhen. Und inzwischen ist das konjunkturelle Umfeld sogar noch schlechter geworden, was zum Beispiel der vor einer Woche veröffentlichte Einkaufsmanagerindex gezeigt hatte. Dieser war von 50,2 auf 45,9 Punkte regelrecht eingebrochen. Trotz der abwartenden Haltung geht die Mehrheit der Ökonomen daher auch davon aus, dass das Anleihenkaufprogramm in den nächsten Monaten doch noch erweitert wird. Man wartet nun gespannt auf das Sitzungsprotokoll, welches in der übernächsten Woche veröffentlicht wird. Dort werden das genaue Abstimmungsverhalten und die persönlichen Ansichten der stimmberechtigten Mitglieder ersichtlich.

Die charttechnische Situation von GBP/USD ist derzeit sehr interessant. Bereits seit Juli 2010 bewegt sich das Paar seitwärts in einer Spanne zwischen 1,6746 und einem Tief bei 1,5234, welches Mitte Januar dieses Jahres erreicht wurde. Von dort konnte der Pfund zunächst wieder deutlich steigen. Nach einem Hoch bei 1,63 Ende April, ging es ab Mai aber wieder steil nach unten. Am 1. Juni lag das Paar bei 1,5264 und somit nicht mehr weit von dem Januar-Tief entfernt. In der vergangenen Woche gelang eine Erholung bis 1,56. Der Schlusskurs liegt zum Wochenende wieder etwas unter 1,55. Sollte nun ein Anstieg über 1,56 gelingen, würde sich die Situation wieder etwas aufhellen und ein Verbleib in der langfristigen Seitwärtsrange wäre möglich. Die nächsten Haltemarken wären dann bei 1,572; 1,58 und 1,60 zu finden. Längerfristig wären sogar Ziele bei 1,64 und 1,67 möglich. Im Moment ist das Chartbild aber noch angeschlagen. Sollte der Kurs unter das Januar-Tief bei 1,5234 fallen, würde dies für eine deutliche Abwertung bis 1,48 und 1,423 sprechen.

Tageschart GBP/USD:**AUD/USD****RBA senkt Leitzinsen erneut**

Die Reserve Bank of Australia (RBA) hat die Leitzinsen in der vergangenen Woche erneut um 0,25 Prozent auf 3,50 Prozent gesenkt. Schon vor einem Monat hatte man diese von 4,25 auf 3,75 Prozent gesenkt. Die RBA begründete die erneute Zinssenkung mit den signifikanten Risiken durch die Eurokrise und der Sorge wegen einem schwächeren Wachstum in China. Zudem würde der starke Australische Dollar die Exporte belasten. Die Zinsen liegen damit auf dem tiefsten Stand seit Ende 2009. Ökonomen erwarten für dieses Jahr noch weitere Zinssenkungen, wodurch diese Ende des Jahres bei nur noch 2,5 Prozent liegen könnten.

In der vergangenen Woche veröffentlichte Konjunkturdaten zeigten in Australien ein gemischtes Bild. Während die Arbeitslosenquote im Mai um 0,1 auf 5,1 Prozent gestiegen ist, fiel das Wirtschafts-Wachstum im ersten Quartal deutlich höher aus, als erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 1,3 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2011 gestiegen. Das war rund doppelt so viel, wie von Volkswirten erwartet wurde, und der stärkste Anstieg seit dem zweiten Quartal 2011. Im Jahresvergleich betrug das Wachstum sogar 4,3 Prozent. Das ist der höchste Wert seit Herbst 2007.

AUD/USD: Korrektur oder Trendwechsel?

Anfang Mai lag AUD/USD noch bei rund 1,04. Seitdem ging es deutlich nach unten. Vor knapp zwei Wochen fiel das Paar bis 0,9579 und damit auf den tiefsten Stand seit Oktober letzten Jahres. In der vergangenen Woche setzte sich die Abwertung allerdings nicht fort, sondern das Paar konnte sich in der Spitze bis 1,0003 erholen. Zum Wochenschluss liegt der Kurs wieder etwas tiefer bei 0,9915. Die Gegenbewegung kann allerdings noch nicht als Trendwechsel gedeutet werden. Im Gegenteil war eine gewisse Konsolidierung angesichts des deutlich überverkauften Kurses keine Überraschung. Die Gesamtsituation spricht weiterhin für einen bald anstehenden Test der wichtigen Unterstützung bei 0,9385 (2011-Tief). Sollte das Paar darunter fallen, wäre der Weg frei für eine weitere deutliche Abwertung bis 0,86 und 0,806. Falls der australische Dollar sich nun allerdings weiter erholen sollte und wieder über 1,00 steigt, würde dies das Chartbild etwas aufhellen. Die nächsten Ziele liegen dann bei 1,022 und 1,048. Ein langfristig aufwertender Australischer Dollar ist allerdings auch in diesem Fall eher unwahrscheinlich.

Die Entscheidung dürfte zwischen einem in den kommenden Monaten seitwärts tendierenden oder einem abwertenden Kurs fallen. Sollte sich die Nervosität in den Märkten beruhigen, würde dies für die erste Variante sprechen. Eine neue Eskalation in der Eurokrise und dadurch steigende Sorgen wegen einer weltweiten Konjunkturabkühlung, dürfte dagegen den Australischen Dollar belasten und zu einer Abwertung führen.

Tageschart AUD/USD:



USD/JPY

Deutliche Dollar-Erhholung

Der Dollar konnte sich in der vergangenen Woche gegenüber dem Yen deutlich erholen. Während der Kurs vor dem letzten Wochenende noch unter 78 lag, kann das Paar nun bei 79,47 schließen. Das Wochenhoch lag bei 79,75. Insgesamt spricht das Chartbild aber weiterhin gegen den Dollar. Das Paar befindet sich bereits seit Juni 2007 in einer langsamen, aber kontinuierlichen, Abwärts-Bewegung, welche den Kurs von über 124 bis zu einem Rekord-Tief bei 75,54 im Oktober letzten Jahres geführt hat. Einen weiteren Kursrutsch hatte Japan dann durch mehrere Interventionen verhindert. Im Februar und März gelang überraschend ein steiler Anstieg von 76 bis 84,17. Seitdem geht es aber wieder kontinuierlich nach unten und die Erholung der letzten Woche ändert die Situation nicht. Entscheidend ist das Widerstandsgebiet bei 80,61. Nur bei einem Anstieg darüber

würde sich das Chartbild ändern und für einen weiter bis zunächst 81,86 und 84 steigenden Dollar sprechen. Solange der Kurs aber unter 80,60 bleibt, ist eine baldige neue Abwertung wahrscheinlicher. Sobald der Kurs wieder unter 78 fällt, wäre anschließend auch von einem Test des Rekord-Tiefs bei 75,54 auszugehen. Danach könnte eine deutlichere weitere Abwertung allerdings schwierig werden, da es dann zunehmend wahrscheinlicher würde, dass die japanische Regierung wieder aktiv wird und im Markt interveniert.

Tageschart

USD/JPY:



Wichtige Termine in der kommenden Woche

In der kommenden Woche werden gleich drei bedeutenden Notenbanken ihre geldpolitische Entscheidung treffen. Den Anfang macht die Reserve Bank of New Zealand (RBNZ) am **Mittwochabend um 23:00 Uhr**. Eine Änderung der Leitzinsen von 2,5 Prozent oder andere wichtige geldpolitische Neuerungen halten Ökonomen für unwahrscheinlich. In den **frühen Morgenstunden des Freitags** veröffentlicht die Bank of Japan (BoJ) ihr Sitzungsergebnis und gibt anschließend dazu eine Pressekonferenz. Auch hier werden größere geldpolitische Schritte nicht erwartet.

Unter besonderer Spannung steht das Sitzungsergebnis der Schweizerischen Nationalbank (SNB), welches am **Donnerstagmorgen um 9:30 Uhr** bekannt gegeben wird. Auf der diesbezüglichen Pressekonferenz will die Notenbank ihren geldpolitischen Kurs für die kommenden Monate erläutern. Obwohl der Fortbestand des Mindestkurses von EUR/CHF bei jeder Gelegenheit von den

SNB-Verantwortlichen bekräftigt wird, gab es in letzter Zeit Spekulationen über einen schrittweisen Ausstieg aus dieser Politik. Dies wird inzwischen von einigen Währungsexperten und konservativen Schweizer Politikern gefordert. Der ehemalige Chef der Schweizer Großbank UBS, Oswald Grübel, schrieb kürzlich in einer Kolumne, dass es "nur noch eine Frage der Zeit und der Entwicklung der Eurokrise" sei, bis die Nationalbank ihre Politik nicht mehr durchhalten könne. Von Seiten der Schweizer Wirtschaft gab es allerdings sofort Kritik. Dort hält man allein schon eine öffentliche Forderung für eine Aufgabe des Mindestkurses für verantwortungslos.

Die Entwicklung bei den Anleihen-Renditen der Peripherie-Länder dürfte die Märkte ebenfalls beschäftigen. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag will Italien neue Bonds in den Märkten platzieren.

In den USA werden einige wichtige Konjunkturdaten veröffentlicht, welche Informationen über den Zustand der Wirtschaft geben. Besonders beachtet werden die Einzelhandelsumsätze und Erzeugerpreise **am Mittwoch um 14:30 Uhr**. Außerdem die Verbraucherpreise und Wochenanträge auf Arbeitslosenhilfe (**beide Donnerstag 14:30 Uhr**) und der Konsumklimaindex der Universität Michigan **am Freitag um 15:55 Uhr**.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.